

MAX SCHMIDT, Berlin

## Die Wahlen in der DDR und in Westdeutschland und das Selbstbestimmungsrecht

Am 17. September 1961 wählen wir in der Deutschen Demokratischen Republik unsere örtlichen Volksvertretungen in den Gemeinden, Städten und Kreisen. Zum gleichen Zeitpunkt gehen in Westdeutschland die von den herrschenden Kreisen inszenierten „Wahlen“ zum Bonner Bundestag über die Bühne.

In diesen Wahlen kontrastieren in äußerster Schärfe die sich heute in Deutschland gegenüberstehenden zwei grundverschiedenen Arten der Politik, die beiden Grundkonzeptionen zur nationalen Frage in Deutschland:

Der Deutsche Friedensplan als das Programm der sozialistischen DDR und aller deutschen Friedenskräfte, als das Programm zur Durchsetzung der nationalen Selbstbestimmung;

die Bonner Kriegspolitik als das Programm des überlebten deutschen Militarismus und Imperialismus, als das Programm der Negation der nationalen Selbstbestimmung.

### I

Die Wahlen in der Deutschen Demokratischen Republik beruhen auf den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen, die nach 1945 bei uns entstanden:

der Herrschaft der Arbeiterklasse, die unter der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Bündnis mit den Genossenschaftsbauern und den übrigen werktätigen Schichten die Macht ausübt;

dem Eigentum des Volkes an den Produktionsmitteln in Industrie, Landwirtschaft, Verkehr und Handel;

dem festen patriotischen Bündnis aller Parteien und Massenorganisationen und aller demokratisch gesinnten Bürger in Gestalt der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, die sich zu einer breiten sozialistischen Volksbewegung entwickelt hat.

Auf diesem Boden ist ein völlig neuer Charakter der Wahlen in der DDR erwachsen. Völlig neu sind ihr Inhalt, ihr Ziel, ihre Formen und Methoden und mit alten, bürgerlichen Vorstellungen, mit sozialdemokratischen Wahl- und Parlamentsillusionen freilich nicht mehr zu erfassen.

Unsere Wahlen dienen der Weiterentwicklung unserer Staatsorgane durch die Menschen selbst. In ihrem Verlauf wählen die Werktätigen ihre besten und würdigsten Vertreter aus und delegieren sie in die Volksvertretungen, durch die sie ihre Macht ausüben.

Unsere Wahlen, in denen sich auf der Grundlage der neuen gesellschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Demokratie völlig unbekannte Formen der Verbindung zwischen Staat und Bürger, wie die Rechenschaftslegungen, die Wählervertreterkonferenzen, die Kandidatenvorstellungen, die Verpflichtungen der Werktätigen usw., entwickelten, dienen der fortschreitenden Verschmelzung von Staat und Bürger. Sie tragen dazu bei, das Vertrauensverhältnis zwischen ihnen, das auf der Grundlage der Einheit ihrer Interessen beruht, weiter zu festigen. Gerade deshalb bezeichnen wir die Diskussion der Ordnungen über die Aufgaben und Arbeitsweise der örtlichen Volksvertretungen und deren Organe als die beste Vorbereitung unserer Wahlen, und deshalb müssen in der Wahlbewegung die von Bevölkerung und Staatsmacht gemeinsam erarbeiteten Prinzipien der neuen Ordnungen durchgesetzt werden.

Unsere Wahlen sind Perioden, die in besonderem Maße dazu dienen, alle Werktätigen enger zusammenzuschließen und ihr Bewußtsein, ihre Einsicht in die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung in der Welt und in Deutschland zu vertiefen. Es ist deshalb ein wahres Wort, wenn ein Wähler den neuen Programmentwurf der KPdSU als ein Dokument bezeichnete, das unseren